

# Leben ohne Papiere

Das Problem der Illegalität wird in der Zuwanderungsdebatte ausgeblendet

Über 7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer leben in Deutschland. Das sind fast 9% der Gesamtbevölkerung. Aber auch ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung, ohne Papiere, nicht registriert, leben und arbeiten Menschen hier. Deren Gesamtzahl ist schwer zu schätzen. Sind es 500.000 oder eher eine 1,5 Million? Genauso wenig lässt sich sagen, wie hoch der Anteil der Frauen unter ihnen ist. In Deutschland nennt man sie die „Illegalen“. In England, Frankreich und Italien, spricht man dagegen von den Einwanderern „ohne Papiere“ oder von „heimlichen Einwanderern“. Dazu schrieb Ellie Wiesel: „Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“

Sicher ist: Es gibt einen Markt für „Illegale“. Für die deutschen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber entfallen bei illegal Beschäftigten die Sozialabgaben, die Löhne liegen meist weit unter Tarif. Für die Migrantinnen sind sie oft immer noch hoch genug, um im Heimatland ihre Familie damit zu unterstützen. Die Frauen aus der Ukraine, Ecuador, Nigeria und anderen Ländern arbeiten in Haushalten, der Landwirtschaft, der Gastronomie, in der Prostitution. Sie kommen mit einem Touristenvisum, ihr Asylantrag wurde abgelehnt, oder der Ehemann ließ sich scheiden, bevor seine Frau zwei Jahre in Deutschland lebte, die Schallgrenze, um eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis zu bekommen.

Judith Rosner berät täglich Frauen ohne Aufenthaltsgeneh-

migung. Sie ist Mitarbeiterin des Vereins agisra in Frankfurt am Main. „Wenn jemand 20 DM die Stunde für eine Putzfrau bezahlt, dann ist es für die Frau eine echte Hilfe, wenn er sich nicht für ihre Papiere interessiert. Viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wollen auf diese Weise den Frauen helfen – und tun es auch.“ Sie weiß auch Geschichten zu erzählen, in denen Frauen um den Lohn betrogen wurden, ihre Rechtlosigkeit bewußt ausgenutzt wurde. Agisra fordert daher, dass Frauen, die eine Arbeitsstelle finden, nachträglich Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten sollen. Allerdings: „Sicher werden dann zum Beispiel viele private Haushalte davor zurückschrecken, ihre Putzfrauen anzumelden, weil es dann mit 20 DM die Stunde eben nicht mehr getan ist.“

In der Debatte um die Einwanderung von Arbeitskräften bleiben Putzfrauen und Prostituierte außen vor. Dabei wollen die Computer nicht nur programmiert werden, sondern auch abgestaubt. Es ist die alte Ignoranz gegenüber diesen frauenspezifischen Arbeitsfeldern, die Haushaltshilfen nicht anerkennt und die alte Doppelmoral, die Prostitution als sittenwidrig bezeichnet, tatsächlich aber Prostituierte damit rechtlos macht.

## Die tägliche Angst

„Die Frauen erfahren in ihrer Heimat von den Möglichkeiten, in Deutschland Geld zu verdienen, das geht von Mund zu Mund. Aus Kolumbien etwa kommen die meisten mit einem Touristenvisum.“ berichtet Judith Rosner. Denn trotz andau-

ernder Gewalt in dem vom Bürgerkrieg gezeichneten Land gibt es praktisch keine Chance auf Asyl, so bleibt nur noch die Heirat mit einem Deutschen oder eben das begrenzte Visum. Neben dem Wunsch nach einem Einkommen gibt es immer einen individuellen Auslöser: ein im Bürgerkrieg ermordeter Bruder, Onkel oder Neffe, das durch ein Erdbeben zerstörtes Haus. Wie das Leben in Deutschland ohne Papiere ist, haben sich die Frauen so nicht vorgestellt: die tägliche Angst, entdeckt zu werden, die deutschen Behörden, die Polizeikontrollen, deren Häufigkeit steigt, je dunkler ihre Haut ist. Das gibt es in Lateinamerika nicht.

Viele der Frauen, die in die Beratungsstelle kommen, hoffen auf eine nachträgliche Legalisierung, wenn sie eine Arbeit gefunden haben. Diese Hoffnung müssen die Mitarbeiterinnen von agisra zunichte machen, denn solche Regelungen gibt es in Deutschland nicht, anders als zum Beispiel in Spanien. Neben dieser Möglichkeit fehlt Judith Rosner eine Amnestie, auch die gibt es in Spanien, Italien und anderen Ländern: „Illegale“, die sich seit einigen Jahren im Land aufhalten, können

## Kontakte

agisra  
Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung e.V.  
Ludolfusstr. 2-4, 60487, Frankfurt/M,  
Tel.: 069-777752, Fax: 069-777757  
E-mail: info@agisra.de  
Büro für medizinische  
Flüchtlingshilfe, Berlin  
Tel: 030-6946746

nachträglich eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, dafür wird ein Stichdatum genannt.

„Die praktischen Probleme der Frauen beziehen sich ganz häufig auf die Gesundheitsversorgung. Sie werden in Praxen abgewiesen oder sollen immense Summen bezahlen“, weiß Judith Rosner. Es gibt zwar in vielen Städten inzwischen Initiativen von Ärztinnen und Ärzten, die Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, aber es sind immer zu wenig. So gibt es in Frankfurt nur einen Gynäkologen. Schwieriger wird es, wenn ein Krankenhausaufenthalt unvermeidlich ist. Felix Roepcke, einer von 40 ehrenamtlichen Mitarbeitern des Berliner Büros für medizinische Flüchtlingshilfe berichtet von einem Fall, der ihn als Helfer an seine eigenen Grenzen gebracht hat: „Ich habe eine Vietnamesin betreut, die war im 5. Monat schwanger. Mit schwersten Prellungen musste sie in die Notaufnahme eines Krankenhauses, vermutlich war es ein Versuch der Selbstabtreibung. Sie konnte kein deutsch, wurde mangels Versichertenkarte nicht untersucht, sondern nach 24 Stunden der Polizei übergeben, die sie mit Handschellen in Abschiebehaft nahm. Sie wurde dann nach Vietnam abgeschoben.“ Weiteres Schicksal unbekannt.

Abtreibungen sind häufiges Anliegen der Frauen. Mancher Arzt stößt sich daran gesund, kassiert 2000 DM bevor er den Eingriff überhaupt macht. „Aber wir haben zum Glück auch Kontakte zu anderen, die den Abbruch für wenig oder ohne Entgelt vornehmen wenn die Frau den Beratungsschein vorlegt,“ erzählt Judith Rosner. Da Ärztinnen und

Ärzte keine Meldepflicht gegenüber der Ausländerbehörde haben, können sie, wenn sie wollen, durchaus behandeln.

Manche der Frauen entscheiden sich trotz aller Schwierigkeiten, in Deutschland Geld zu verdienen, für einige Zeit oder bis sie aufliegen. Andere werden gezwungen zu bleiben. Berichte über Zwangsprostituierte, deren Zuhälter ihnen die Papiere abgenommen haben und die erst einmal ihre Schulden, die Kosten für die Reise nach Deutschland, die Miete im Bordell, abarbeiten müssen, zeigen immer wieder Einblicke in ein grausames Geschäft, welches mit dem Waffen- und dem Drogenhandel zu den einträglichsten weltweit gehört: Frauenhandel. Die Justiz macht sich zunehmend gerne die Aussagen der Opfer von Frauenhandel zunutze, um Zuhälter oder Schleuser zu belangen. Nach dem Gerichtsverfahren werden die Frauen allerdings abgeschoben, unabhängig von ihren Wünschen oder ihrer oft sehr begründeten Angst vor Verfolgung durch ihre Zuhälter in der Heimat.

Es gibt in der Politik keine ernsthaften Versuche, dies zu ändern. Im Gegenteil: Die Forderung zahlreicher Frauenverbände wie etwa agisra, geschlechtsspezifische Verfolgung wie drohende Genitalverstümmelung oder Zwangsheirat als Asylgrund anzuerkennen, fehlt in Schilys Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz. „Illegale“ bleiben nach wie vor von Ausweisung bedroht. Judith Rosner ist es trotzdem wichtig, die Frauen, die sich hilfeschend an sie wenden, nicht nur als Opfer der deutschen Behörden zu sehen: „Diese Frauen haben einen immensen Mut aufgebracht, hierher zu kommen um fernab von ihrer Familie Geld zu verdienen. Oft ermöglichen sie damit ihren Kindern eine Ausbildung, manchmal auch die nackte Existenz.“ Sie sind flexibel, belastbar, hochmotiviert. Sind das nicht genau die Qualifikationen, die die deutsche Wirtschaft angeblich so dringend braucht?

Sina A. Vogt

Hunderttausende leben ohne Papiere unter uns.